Nummer 5 — Halle, Donnerstag, den 7. Januar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

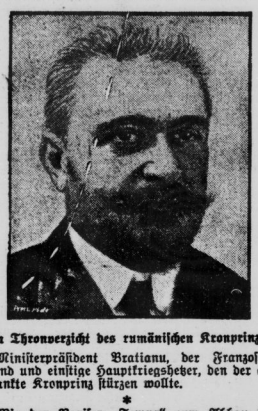
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Beilagerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Vertrag in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Vereinbarung. Verlagsanstalt Leon Saunmonde & u. Co. Geschäftsstelle: Hallesche Straße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesche". Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Filialbank, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22915. Gerichtsstand u. Erfüllungsort: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Zum Thronverzicht des rumänischen Kronprinzen.

Ministerpräsident Bratianu, der Franzosenfreund und einstige Hauptkriegshetzer, den der abgedankte Kronprinz stürzen wollte.

❖

Wie der Pariser „Temps" zum Abbau der alliierten Kontrollkommission in Berlin erfährt, sind die Verhandlungen mit Deutschland ins Stocken geraten. Die Alliierten lehnten eine Zurücknahme der Militärkontrollkommission so lange ab, als nicht der deutsche Eintritt in den Völkerbund vollzogen und der Völkerbund die Fortführung der Kontrolle übernommen hat. — Und sind wir erst im Völkerbund, so muß die Kommission deshalb bleiben, weil die Kontrolle ja dann auf den Völkerbund übergegangen ist!

❖

Nach Meldungen aus Warschau ist es am Montag auch in Warschau, Lodz und Czenstochau zu großen Teuerungstrawallen gekommen. In Lodz wurden über 20 Läden geplündert; beim Eingreifen des herbeigeholten Militärs gab es 18 Verletzte, 3 Schwerverletzte.

❖

Laut „Indépendance Belge" sprach sich das Zentral-Komitee der belgischen Industriellen, dessen Einfluß in den handelspolitischen Angelegenheiten bekannt ist, gegen Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland aus.

❖

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß der dänische Justizminister Heincke in seinem Arbeitszimmer von einem anscheinend geisteskranken Mann überfallen wurde, der versuchte, den Minister mit einem schweren Knüppel niederzuschlagen. Der Hieb ging jedoch fehl und der Minister blieb unverletzt.

❖

Wie aus Linz (Oesterreich) gemeldet wird, ist gestern von der Gendarmerie auf der Suche nach einem Wechselfälscher der Mörder Erzbergers, Schulz aus Saalfeld, verhaftet worden. Er wohnte unter dem falschen Namen Edgar von Pochmann, Kaufmann aus München, bei dem Kaufmann Berger in Bad Aussee. Die deutschen Behörden sollen von der Verhaftung des Schulz verständigt worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht lag weder in Berlin noch in Wien vor.

❖

Die „Innsbrucker Nachrichten" melden, daß gestern die „Meraner Zeitung" mit der Begründung beschlagnahmt worden sei, das Blatt verletze durch seine Schreibweise das Wesen des italienischen Volkstums. Die „Meraner Zeitung" ist die einzige bisher noch gebliebene deutsche Zeitung Südtirols.

❖

Aus Rom wird gemeldet: Durch die soeben angenommene italienische Heeresreform erhält Südtirol 11 neue Garnisonen. Im gleich großen Umfang werden die Garnisonen an der jugoslawischen Grenze vermehrt. Nach Südtirol werden neu gelegt: ein Infanterieregiment, eine Radfahrerabteilung, zwei Bataillone Alpentruppen und mehrere Abteilungen schwere Artillerie.

❖

Nach einer Meldung aus Triest haben jugoslawische Matrosen den Markuslöwen von der Nikolausgiebelle in Sebenico entfernt. Als Antwort hierauf hat die faschistische Gruppe der Studenten an alle Italiener einen Appell gerichtet, in dem sie in scharfen Worten gegen diese Tat protestiert. „Die italienische Nation", heißt es in dem Aufruf weiter, „kann nicht zugeben, daß das geistige Erbe des Volkes ungestraft mit Füßen getreten werde."

❖

Nach Beendigung der Debatte über die Regierungserklärung des neuen bulgarischen Kabinetts sprach die Sobranje der Regierung das Vertrauen aus. Darauf wurde der ehemalige Ministerpräsident Alexander Zankoff zum Präsidenten und der ehemalige Finanzminister Todoroff zum Vizepräsidenten der Sobranje gewählt. Die Kammer vertagte sich darauf bis zum 26. Januar.

Geständnis des Prinzen Windischgrätz.

Aus Budapest melden die Blätter, daß gestern Prinz Windischgrätz um 12 Uhr mittags dem Staatsanwalt zum Verhör vorgeführt wurde. Nach dem „Ujsag" erklärte der Prinz bei seinem Verhör, er habe nichts anderes zu sagen, als daß er es tatsächlich auf sich genommen habe, eine patriotische Sache, die Aktion des Obersten Jankovich, zu unterstützen. Auf die Frage, um welche patriotische Sache es sich handle, verweigerte der Prinz die Antwort und erklärte weiter, seine Rolle habe bloß darin bestanden, daß er die Kosten zur Errichtung der für die Fabrikation der falschen Noten erforderlichen Werkstätte deckte. Die Frage, wieviel Falsifikate hergestellt seien, beantwortete Windischgrätz nicht, wie er auch keine Aufklärung darüber gab, wie lange die Fabrikation der Fälschungen bereits vor sich gegangen sei und nach welchen Ländern die Mitglieder der Fälscherbanden zwecks Verwertung ihrer Erzeugnisse gegangen seien.

Wie „Pesti Hirlap" meldet, hat die Polizei bei der Haussuchung im Palais Windischgrätz eine große Menge von gefälschten Tausendfranknoten beschlagnahmt.

Der Chauffeur des Prinzen Windischgrätz, der durch die Polizei vernommen wurde, hat ausgesagt, daß der Prinz und sein Sekretär häufig in entlegene Stadtteile gefahren seien, den Wagen dort verlassen hätten und dann in Nebenstraßen verschwunden wären. Nach ein bis zwei Stunden seien sie dann zurückgekehrt. Eine andere Aussage stammt von einem Journalisten, den Prinz Windischgrätz beauftragt hat, in Wien wegen einer Anleihe zu verhandeln. Gegen Weihnachten habe der Prinz dann seinen Auftrag zurückgezogen, da er offenbar bereits die Mitteilung erhalten hatte, daß die Placierung der falschen Franknoten geglückt sei.

Wie bekannt wird, hatte der Prinz fällige Schulden in Höhe von 5 Milliarden ungarischen Kronen.

In den späten Nachmittagsstunden hat Prinz Windischgrätz ein volles Geständnis abgelegt und mitgeteilt, wie die Fälschungen durchgeführt wurden, und auch die Namen derjenigen genannt, mit denen gemeinsam der Plan entworfen wurde, wie auch die Namen derjenigen, die bei der Durchführung des Planes mitgeholfen haben. Daraufhin gab gestern die Staatsanwaltschaft der Oberstadthauptmannschaft Weisung, die von Prinz Windischgrätz genannten Personen der Polizei zuzuführen. Gegen Abend verließen 85 Geheimpolizisten die Oberstadthauptmannschaft, um die angeordneten Verhaftungen durchzuführen.

Verhaftung des ungarischen Landespolizeichefs.

Die Landespolizei hat den Landespolizeichef Radossy gestern abend verhaftet. Seine Festnahme erregt noch mehr Aufsehen als die des Prinzen Windischgrätz, da er sich allem Anschein nach nicht nur der Vorschubleistung, sondern der direkten Beteiligung an der Falschmünzerei schuldig gemacht hat. Auch der Abgeordnete Dr. Ulain ist gestern verhaftet worden.

Nach einer Berliner Zeitung stehen seit gestern 40 Personen des gesellschaftlichen und politischen Lebens unter ständiger polizeilicher Aufsicht. Die Liste dieser 40 Personen sei von französischen Detektiven aus Holland mitgebracht worden und gehe auf das umfassende Geständnis zurück, das Oberst Jankovich vor den holländischen Behörden gemacht habe.

Außenpolitische Differenzen.

Emery, ein Abgesandter der Bank von Frankreich, erklärte vor Pressevertretern, daß mit den bisherigen Maßregeln die Angelegenheit noch lange nicht erschöpft sei.

Der Prager „Ceske Slovo" fordert im Zusammenhang mit der ungarischen Geldfälscheraffäre ein Einschreiten des Völkerbundes gegen Ungarn. Das Blatt bedauert den Mangel eines tschechisch-südslawischen Korridors.

Einer Meldung des Londoner „Daily Expreß" zufolge soll die französische Regierung von Ungarn als Entschädigung für die Fälschung der französischen 1000-Franc-Noten den Betrag von acht Millionen Pfund fordern. Auch die Tschechoslowakei soll eine diplomatische Aktion beim Völkerbund planen. Graf Albert Apponyi erklärte in einem Telegramm an den „Daily Expreß": Die Fälschung ausländischer Banknoten habe nichts mit einer Wiedereinsetzung des Königs Otto auf den Thron zu tun. Die ungarischen Monarchisten erheben Einspruch gegen den Versuch, sie mit dieser Angelegenheit in Verbindung zu bringen.

Verhaftung eines Falschmünzers in Serbien.

Die Belgrader Polizei verhaftete am Montag in einem dalmatischen Lokal einen Mann namens Mate Madronitsch, der ein Hauptverbreiter von gefälschten 1000-Dinarnoten im Königreich der Südslawen war. Die Polizei ist anderen Mitgliedern der Bande auf der Spur, die die falschen Noten vertrieben. Die Untersuchung ergab, daß die gefälschten Noten von der neuerdings in Ungarn entdeckten Geheimorganisation gedruckt sind.

England gegen den griechischen Diktator.

Die von dem General Pangalos in Griechenland errichtete Diktatur erfährt eine interessante Beleuchtung dadurch, daß sie von der sonst durchaus griechenfreundlichen englischen Presse scharf kritisiert wird. So schreibt z. B. die „Westminster Gazette":

Wenn es wahr ist, daß die letzte Völkerbundsentscheidung gegen Griechenland Pangalos zu seiner Stellungnahme getrieben hat, so muß seine Rede als eine Herausforderung des Völkerbundes angesehen werden, und die Uebernahme einer derartigen Rolle bedeutet für eine Nation wie Griechenland einen Selbstmordversuch. Wenn Pangalos von Heeren und Flotten redet, so regt er eine Linie in der Außenpolitik an, die ihn nur zur Katastrophe führen kann.

Man sieht einstweilen noch nicht klar über die tieferen Ursachen des Umsturzes in Griechenland, aber die Beunruhigung in England läßt darauf schließen, daß die im ganzen Balkan in letzter Zeit deutlich bemerkbare Bewegung, sich von der aus dem Weltkriege stammenden Bevormundung durch England und Frankreich freizumachen, auch auf Griechenland übergreift. Das würde im Endergebnis auf eine Schwächung des Ansehens Englands und seines Völkerbundes und auf eine Stärkung des Einflusses seines großen Gegners Rußland hinauslaufen.

Die Thronverzichtserklärung.

Die Thronverzichtserklärung des Prinzen Carol lautet:

Hiermit erkläre ich unwiderruflich, auf die Rechte, Titel und die Prärogative Verzicht zu leisten, die mir auf Grund der Verfassung und des Statuts der Königlichen Familie bisher als dem rumänischen Kronprinzen und als Mitglied der Regierungsfamilie zustanden. Gleichzeitig leiste ich auf die Rechte Verzicht, die mir auf meinen Sohn und sein Besitztum zukämen. Ich erkläre außerdem, daß ich keinerlei Anspruch auf die Rechte erheben werden, auf die ich freiwillig aus eigenem Antrieb verzichtet habe und verpflichte mich, zum Besten der Allgemeinheit während eines Zeitraumes von zehn Jahren nicht nach Rumänien zurückzukehren und auch dann nur mit Genehmigung des Herrschers.

Mailand, 28. Dezember 1925.

Unterschrift.

❖

Der Pariser „Matin" meldet aus Bukarest: Die Zahl der in der Kronprinzenaffäre verhafteten Offiziere hat 38 erreicht. Der Sitz der Verschwörung war nicht Bukarest, sondern Braila. Der Putsch sollte in der Neujahrsnacht durchgeführt werden, die Entthronung des Königs, die Beseitigung des Parlaments und die Einsetzung einer Diktatur unter dem Kronprinzen zur Folge haben. Die unklare Haltung des Kronprinzen hat die rumänische Revolution vorläufig zum Scheitern gebracht.

Coolidge zur Abrüstungsfrage.

Präsident Coolidge hat den Kongreß in einer besonderen Botschaft um die Bewilligung von 50 000 Dollars zur Bestreitung der Kosten der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für Abrüstungsfragen ersucht. Coolidge betont in dieser Botschaft, die Beteiligung an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses bedeute keine Verpflichtung hinsichtlich der Teilnahme an einer späteren Konferenz zur Herabsetzung und Einschränkung der Rüstungen. Die Haltung der Regierung in dieser Hinsicht könne nicht im voraus, vor der Einberufung solcher Konferenzen festgelegt werden. Coolidge erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung die Vereinigten Staaten, soweit die vorbereitende Untersuchung in Betracht komme, bis zu den Grenzen mitarbeiten sollten, die sich mit den festliegenden politischen Richtlinien der Vereinigten Staaten vertragen.

Wie der Berichterstatter der Londoner „Times" in Washington erfährt, beabsichtigt Coolidge zum Führer der amerikanischen Abordnung zum vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz den amerikanischen Botschafter in London Hughton zu ernennen. Wahrscheinlich würden ihm der amerikanische Botschafter in Rom und der amerikanische Gesandte in Bern zugeteilt werden.

Aus Marokko wird gemeldet, daß Abd el Krim auf der ganzen Front von Fez seine Tätigkeit wieder aufnimmt. Im Frontabschnitt Taza sind keine militärischen Operationen zu verzeichnen.

Schlimme Aussichten.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Bei Lloyd in London wurde am Jahresanfang gewettet für einen ostasiatischen Krieg bis 1. April 5 gegen 1, für einen Balkankrieg bis 1. April 3 gegen 1, und für die Wiederkehr Poincarés in Frankreich bis 1. April 6 gegen 1.

Das sind ja Wetten, die den schlimmsten deutschen Pessimismus noch übertreffen. Und was mögen diese wettlustigen Engländer über die deutschen Locarnohoffnungen spotten!

Brief aus der Mandschurei.

Einem uns zur Verfügung gestellten Brief eines deutschen Ingenieurs in Mukden entnehmen wir folgendes:

Marschall Tschangtsolin ist als Antibolschewist den Russen ein Dorn im Auge, ebenso dem chinesischen Machthaber Feng in Peking, der wieder russenfreundlich ist. Tschang hat den Fehler begangen, seine Macht auch auf Mittelchina auszudehnen zu wollen, und ist damit gescheitert. Alle Versuche der vergangenen Jahre, ihn zu stürzen, sind gescheitert. Jetzt schien es zu gelingen, durch Bestechung seines Brigadekommandeurs Kuo, der heimlich revolutierte.

Die Japaner, die Engländer des fernen Ostens, treiben ein Doppelspiel. Sie unterstützen Kuo und gleichzeitig gebärden sie sich als Freunde des Tschangtsolin. Aber letzterer hat die Japaner verärgert in Fragen der ostchinesischen Eisenbahn usw., und hauptsächlich wird er den Japanern zu mächtig.

Die Japaner haben nun Mukden besetzt und garantieren unser und aller Japaner Eigentum und Leben. Mit ihr in der Japanerstadt sind ganz sicher. Vor unserm Hause, das dicht an der Grenze liegt, sind Stacheldrahtverhaue und Schützengräben angelegt, um notfalls die Japanerstadt zu schützen. Aber soweit kommt es gar nicht. Dieses chinesische Soldaten-Banditengesindel ist viel zu feige, um gegen eine moderne Armee, wie die japanische, überhaupt Miene zu machen, zu kämpfen.

Natürlich sind fast alle chinesischen Beamten ausgerissen, vorneweg die Herren Generäle, die für ihren dicken Geldsack fürchten. Denn in China ist heute das beste Geschäft, Krieg zu machen oder wenigstens die Vorbereitungen dazu zu treffen. Irgendwelche nationalen Ideen haben diese Banditen überhaupt nicht, die eigene Tasche ist die Hauptsache. Was das arme ehrliche Volk darunter leidet, ist diesen Herrschaften ganz schnurz. Schon hatten sich die nördlichen Provinzen der Mandschurei für unabhängig erklärt, und wenn Kuo nicht in letzter Stunde von Tschangtsolin besiegt worden wäre, wäre der Krach in diesen Provinzen losgegangen.

Jedenfalls sind die chinesischen Verhältnisse recht kompliziert, und werden noch viel komplizierter durch die dunklen Fäden, die die Engländer und Amerikaner spinnen, über die man nicht klar sieht. Mir kommt es immer so vor als ob die Mandschurei ein zweiter Balkan werden würde, kleine Ursache zu großem Uebel. Hier kann sich der Anlaß zu einem zweiten Weltkrieg ergeben, nur auf der anderen Seite unserer lieben Erde. Hoffentlich sind dann einmal wir Deutschen die lachenden Dritten.

Die Lage kann sich von Minute zu Minute ändern. Jedenfalls hat Marschall Tschangtsolin das eine große Verdienst: er hat die Mandschurei kulturell ganz außerordentlich gehoben, und er wäre den alten Kaisern gleichgestellt worden, wenn er sich auf die Mandschurei beschränkt hätte. Aber der Ehrgeiz und Machthunger hat ihn über sein Ziel hinausschießen lassen. Er selbst hat niemals etwas von öffentlichen Geldern in seine Tasche gesteckt. Das ist ihm als Chinesen sehr hoch anzurechnen, umsomehr haben seine Untergebenen geräubert. Er hat noch einen hervorragenden Mann zur Seite, den Zivilgouverneur Wang, der hauptsächlich die kulturellen Arbeiten, wie Eisenbahnbau, Straßenbau, Städtebau unter sich hat. Der Mann konnte sich sehen lassen, besonders auch durch seine finanztechnischen Kenntnisse.

Wir haben hier neben dem bekannten chinesischen Silberdollar noch eine lokale Papierwährung, die nur durch die Provinzialregierung gedeckt ist, also mit der Notenpresse arbeitet; Wang hat es verstanden, trotz der hohen Anforderungen auf militärischem Gebiete auf diese Währung, ihren Wert einigermaßen aufrechtzuerhalten und sie in weiten Kreisen populär zu machen. Wenn das alles zusammenbräche, dann gäbe es hier in Mukden verschiedene trauernde Hinterbliebene, nicht zum wenigsten unter den deutschen Firmen.

Wie alles hier in Mukden werden wird, das weiß niemand. Alle die Nachrichten, die ihr durch die Presse erhaltet, sind durch die Engländer verbreitet. Ihnen ist der Marschall Tschangtsolin ebenfalls nicht gewogen, schon weil er sogenannter „Anfu-Freund" ist, eine Partei, die 1917 versuchte, wieder ein Kaiserreich in China zu schaffen und zusammenbrach, weil der damalige mächtige Mann in China Tuan Tschai, dessen Bild heute noch auf allen chinesischen Silberdollaren prangt, mit Hilfe der Engländer vergiftet wurde. Erst nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260107016/fragment/page=0001

seiner Ermordung erfolgte die Kriegserklärung Chinas an Deutschland. Davon weiß man in Deutschland leider wenig.

Dieser Tage „tobte" die Entscheidungsschlacht hier bei Mukden. Nur merkte man nichts davon. Ich habe die chinesischen Helden im Verdacht, daß wegen der Kälte gar keine wirkliche Schlacht stattgefunden hat, sondern daß der größte Teil der Soldaten sich in den Bauernkaten hinter die Oefen verkroch und lieber nach vergrabenen Silberdollars suchte. Darin sind sie groß.

Aber die englischen Berichterstatter müssen doch was schreiben, sonst verdienen sie nichts, und so machen sie alle Welt verrückt. Bei uns regnet es Telegramme vom Stammhaus, wie es hier aussieht, aber alle Beruhigungen sind vergeblich. Es ist zum Lachen.

Deutscher Klub in Mukden.

Aus Mukden, der Hauptstadt der Mandschurei, um die gegenwärtig politisch und militärisch gekämpft wird, wird geschrieben: Inmitten der hochpolitischen Wirren ist am 29. November 1925 der Deutsche Klub aus der Taufe gehoben worden. 30 Deutsche hatten sich zur Gründung bereit erklärt. Schon nach wenigen Wochen zählte der Klub über 50 Mitglieder und Ende Dezember 1925 bereits über 60. Auf eigenem Grund und Boden wird der Deutsche Klub im Frühjahr 1926 sich ein Klubhaus bauen. Weiter wird der Deutsche Schulverein in Mukden gegenwärtig stark ausgebaut und schließlich soll, sobald wie möglich, eine Deutsche Handelskammer errichtet werden. Der Begriff „deutsch" ist für die Aufnahme in den Deutschen Klub nicht auf die nationale Angehörigkeit beschränkt, sondern satzungsgemäß auf alle Deutschen ausgedehnt worden, die, ungeachtet ihrer Nationalität, ihrer Abstammung, Erziehung und Gedankenwelt nach deutsch fühlen, deutsch sein und bleiben wollen.

Sowjetrußland wird kapitalistisch!

Aenderungen in der russischen Konzessionspolitik.

In dem russischen Regierungsorgan „Iswestija" werden in einem Artikel beachtenswerte Ausführungen über Veränderungen in der Konzessionspolitik Sowjetrußlands gemacht. Es heißt da u. a.:

Das Ziel unserer Konzessionspolitik ist, die Entwicklung der produktiven Kräfte unseres Landes mit Hilfe des ausländischen Kapitals zu fördern. Es ist daher auch ganz natürlich, daß wir in erster Linie bereit sind, Konzessionen auf denjenigen Gebieten zu geben, auf denen wir in der nächsten Zukunft

ohne ausländisches Kapital nicht auskommen können.

Gleichzeitig schließen wir sogenannte Uebereinkommen über technische Mitwirkung ab, durch die wir uns die Möglichkeit sichern, unsere Ingenieure und gelernten Arbeiter zu Studienzwecken nach den Unternehmungen der ausländischen Konzessionäre zu entsenden ebenso wie wir gegen Bezahlung alle Patente und technischen Verbesserungen kaufen, die die Konzessionäre besitzen.

In der letzten Zeit sind nun in unserer Konzessionspolitik große Veränderungen eingetreten. Nachdem unsere eigene Industrie fast durchgängig das Vorkriegsniveau in der Produktion wieder erreicht hat, können wir uns den Luxus leisten, bis zu einem gewissen Grade die Monopolstellung unserer Industrie aufzugeben und

der freien Konkurrenz Platz zu machen,

in der Absicht, daß unsere eigene Industrie sich auf die Weltmarktpreise und die Weltetechnik einstellen lerne. Naturgemäß muß dies äußerst vorsichtig und vor allem planmäßig geschehen. Nach unseren Gesetzen bleibt

der Konzessionäre Eigentümer des Kapitals,

das er in den Unternehmungen festlegt, und er besitzt das Recht, mit deren Hilfe die Naturschätze auszubeuten, die der Staat durch die Konzession zu seiner Verfügung stellt.

Wie ein Telegramm des „New York Herald" berichtet, sind die Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern der syrischen Aufständischen unter Leitung des Emirs Arslan und dem französischen Oberkommissar de Jouvenel gescheitert, weil die Drusenführer sich weigerten, die Waffen abzuliefern.

Regierungskrise und besetztes Gebiet.

Unser Berliner Vertreter schreibt uns:

Dienstagvormittag war der Reichskanzler zum Reichspräsidenten berufen worden. Die Aussprache dauerte etwa anderthalb Stunden. Ihr folgte eine Gesamtbesprechung der Reichsminister beim Kanzler. Die erhöhte Aktivität in den Reichsämtern läßt darauf schließen, daß die Entscheidung in der Regierungskrisis nicht mehr fern ist, wenn sie auch für diese Woche kaum noch zu erwarten ist. Am Sonnabend wird im Anschluß an die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Reichskanzler die Parteiführer zu ersten unverbindlichen Besprechungen empfangen. Das Rad der innerpolitischen Neuorientierung wird sich alsdann schnell abrollen.

Da neue Verhandlungen der Demokraten und des Zentrums über die Große Koalition im Reiche zu erwarten sind, kommt dem fernern Verhalten der Sozialdemokratie die entscheidende Bedeutung zu.

Nach den Ergebnissen der am Montag in Berlin abgehaltenen Versammlung der Funktionäre der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften ist allerdings kaum eine Aussicht, daß die Sozialdemokraten ihre Ablage an die Große Koalition zurückziehen. Der Fraktionsvorsitzende, Müller-Franken, nannte die folgenden Punkte, die einer Beteiligung an der Großen Koalition entgegenstünden: die „Fürstenabfindungs"frage, das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, die Regelung der Erwerbslosenfürsorge, die Veröffentlichung der Steuerlisten.

Ohne Erfüllung von Mindestforderungen und ohne das nötige Vertrauen unter den Parteien sei eine Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition nicht möglich.

Die Versammlung der Berliner Funktionäre billigte in einer Entschließung die Ablehnung der Bildung der Großen Koalition durch die Reichstagsfraktion und sprach die Erwartung aus, daß die Fraktion auch einen neuen Versuch der Bildung einer solchen Regierung gegenüber die Beteiligung an dieser Koalition wiederum ablehnen werde.

Von dem Locarnogeist ist bei unseren Gegnern wenig zu spüren. Der Pariser „Matin" stellte gestern fest, daß die Rückwirkungen und Erleichterungen für das besetzte Gebiet vorläufig als abgeschlossen zu gelten haben. Aber das besetzte Gebiet selbst hat bis heute von diesen Erleichterungen so gut wie nichts gespürt, alle Drangsalierungen der abgebauten Kreisdelegierten werden jetzt von den Gendarmeriekorns ohne jede Milderung fortgesetzt. Aus Mainz wird heute gemeldet, daß wieder gegen 18 Jugendbündler, die unter Singen patriotischer Lieder vom Bahnhof abmarschiert waren, das Strafverfahren vor dem Kriegsgericht Mainz eingeleitet worden ist. Nur hat man diesesmal von einer sofortigen Inhaftnahme der „Verbrecher" abgesehen.

Die Lügenlawine.

Ein klassisches Beispiel von Kriegspropaganda.

Mr. Arthur Ponsonby gibt in einem Briefe an die Londoner „Nation" über Kriegspropaganda als erschütterndes Beispiel dessen, was im Kriege möglich war, folgende Unterlagen:

„Kölnische Zeitung": „Als der Fall von Antwerpen bekannt wurde, wurden die Kirchenglocken geläutet" (d. h. in Deutschland).

„Le Matin": „Wie die „Kölnische Zeitung" berichtet, wurde die Gefitlichkeit von Antwerpen nach Einnahme der Festung gezwungen, die Kirchenglocken zu läuten."

„The Times": „Wie der „Matin" aus Köln erfährt, wurden die belgischen Geistlichen, die sich weigerten, nach dem Fall von Antwerpen die Kirchenglocken zu läuten, ihrer Aemter enthoben."

„Corriere della Sera", Mailand: „Wie der „Times" aus Köln über Paris gemeldet wird, wurden die unglücklichen belgischen Geistlichen, welche sich nach dem Fall von Antwerpen weigerten, die Kirchenglocken zu läuten, zu Zwangsarbeit verurteilt."

„Le Matin": „Wie der „Corriere della Sera" aus Köln über London erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß die barbarischen Eroberer von Antwerpen die unglücklichen belgischen Geistlichen für ihre heldenhafte Weigerung, die Kirchenglocken zu läuten, damit bestrafen, daß sie sie als lebendige Klöppel mit den Köpfen nach unten in die Glocken hängten."

— So wurde aus dem Läuten der Glocken in Deutschland, also aus einem Zeichen der tiefen Pietät unseres Volkes eine Schandtat gemacht, deren zwar die verdorbene Phantasie unserer Gegner, aber niemals unser deutsches Volk auch nur in Gedanken fähig ist. Und mit solchen Schandprodukten wurde dann die ganze Welt gegen Deutschland aufgehetzt.

Technische Nothilfe für das besetzte Gebiet.

Im preußischen Landtag hat der volksparteiliche Abgeordnete Eichhoff in einer kleinen Anfrage auf die Notwendigkeit hingewiesen, zur Beseitigung und Abwendung von Hochwassergefahren und -schäden auch in dem schwer betroffenen Rheinlande die Technische Nothilfe heranzuziehen, deren Arbeit sich in anderen Hochwassergebieten gut bewährt habe. Die Rheinlandkommission hat bisher die Technische Nothilfe im besetzten Gebiet nicht zugelassen. Der Reichskommissar wird in der kleinen Anfrage ersucht, wegen ihrer Zulassung im besetzten Gebiet alsbald mit der Rheinlandkommission in Verhandlungen einzutreten.

Mitgliederzahlen der Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Nach einem Aufsatz des Rechnungsrats Schirmel in der Reichsarbeitsverwaltung über die neuere Entwicklung von Arbeiter- und Angestelltenverbänden zählten die freien Gewerkschaften Ende 1924 etwa 3 975 002 Mitglieder, d. s. 1 485 183 mehr als 1913 und 3 919 279 weniger als 1922. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften betrug Ende 1924 612 952. Sie stieg gegenüber 1913 um 337 002 und betrug gegenüber 1922 weniger 420 534. Die deutschen Gewerkvereine zählten Ende 1924 147 280 Mitglieder, was gegenüber 1913 ein Plus von 51 384 und gegenüber 1922 ein Minus von 80 332 beträgt.

Auch die Entwicklung in der Angestelltenbewegung hat nach dem erwähnten Aufsatz eine ähnliche Entwicklung genommen. So betrug die Mitgliederzahl beim Zentralverband der Angestellten 1922 insgesamt 296 491, 1925 waren es 269 597 und 1924 175 409. Beim Gewerkschaftsbund der Angestellten ging die Mitgliederzahl von 302 254 auf 294 241 bzw. 260 796 in den gleichen Jahren zurück.

Gegen die Verschleuderung landwirtschaftlicher Betriebe.

In einer dem Preußischen Landtag zugegangenen Interpellation der Deutschen Volkspartei wird darauf hingewiesen, daß infolge der Wirtschaftskatastrophe jetzt zahlreiche Not- und Zwangsverkäufe landwirtschaftlicher Betriebe meist unter dem tatsächlichen Wert stattfinden. Das Staatsministerium wird ersucht, solche die deutsche Volksernährung schädigende Verschleuderung nach Möglichkeit zu verhindern und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß veräußerter landwirtschaftlicher Besitz nur in die Hände von Berufslandwirten gelangt.

Karneval-Verbot für 1926.

Wie der Preußische Minister in einem Erlaß anordnet, finden die Bestimmungen des vorjährigen Erlasses hinsichtlich des Karnevals auch für das Jahr 1926 entsprechende Anwendung. Hiernach bleiben verboten die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freiem Himmel, sowie insbesondere auf öffentlichen Straßen und Plätzen das Tragen karnevalistischer Verkleidungen oder Masken jeder Art, das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge sowie das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergleichen.

Oeffentliche karnevalistische Veranstaltungen aller Art, insbesondere Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Vorträge und öffentlicher karnevalistischer Tanzveranstaltungen können in geschlossenen Räumen zugelassen werden.

Die karnevalistischen Veranstaltungen von geschlossenen Vereinen sind im bisherigen Umfange gestattet. Am Schlusse seines Erlasses weist der Minister auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Karnevalsveranstaltungen allenthalben in angemessenen Grenzen halten, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bevölkerung sich des Ernstes der Zeit bewußt bleibt und die an sie gebotenen Zurückhaltung nicht fehlen läßt. Gegen Auswüchse und Ueberschreitungen soll in aller Schärfe vorgegangen werden.

Reform des Strafvollzugs.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag in einer Sitzung mit den bei der Höfle-Untersuchungshaft und den anderen Fällen zutage getretenen Mängeln im Strafvollzug. Eine große Anzahl von Anträgen aller Parteien lag dazu vor. Uebereinstimmend war der Ausschuß der Meinung, daß der Strafvollzug in der Praxis wesentlich mehr nach modernen, humanen Grundsätzen auszugestalten sei. Nach einem einstimmigen Beschluß des Ausschusses sollen als Leiter von Strafanstalten nur solche Persönlichkeiten ausgewählt werden, die in einer mehrjährigen Dienstzeit ihre Befähigung und innere Eignung für den Strafvollzug bewiesen haben. Mit Mehrheit wurde beschlossen, daß in den sechs Oberlandesgerichtsbezirken, in denen noch der Strafvollzug in den Händen des Generalstaatsanwalts liegt, die Einrichtung eines Strafvollzugsamtes in die Wege zu leiten ist. Nach einem weiteren einstimmig gefaßten Beschluß sollen zur weiteren Ausbildung der Inspektionsbeamten in besonderen Kursen Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden. Das Anstalts- und Aufsichtspersonal der Strafanstalten soll eine der Eignetart des Berufs entsprechende Ausbildung erhalten und das Hilfspersonal nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

In einer gestern auf dem Rathaus von Nürnberg eingegangenen Entschließung der Regierung von Mittelfranken wird die Suspendierung Dr. Luppes von seinem Amte als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg ausgesprochen. Dr. Lupp (Demokrat) steht im Verdacht, zu politischen Zwecken einen Meineid geleistet zu haben.

*

Wir erfahren von zuständiger Stelle, daß die bisher auf der Strecke Berlin-Hamburg in einigen Zügen versuchsweise erprobte Telephonie von fahrenden Züge nunmehr endgültig am 7. Januar der Oeffentlichkeit zugängig gemacht wird. Der Fernsprechverkehr ist zunächst nur im Nachrichtenaustausch mit Teilnehmern in Großberlin, Wittenberge und Großhamburg möglich.

*

Die Oberpostdirektionen Berlin und Frankfurt am Main veranstalten in diesem Monat Sammlungen, um Blinden die Teilnahme am Unterhaltungsrundfunk zu ermöglichen. Aehnliche Sammlungen werden seit längerem in England für die englischen Blindenanstalten mit großem Erfolg durchgeführt.

*

Die Reichsbahn hat den Schiedsspruch angenommen, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Arbeitnehmer. Die Antwort der Organisationen soll am kommenden Montag gegeben werden; sie lautet voraussichtlich ablehnend.

Die Notlage der Schmerindustrie hat zu Verhandlungen mit der Reichsbahn über die Vergebung von Aufträgen geführt. Wie verlautet, besteht Aussicht, daß die Reichsbahn von ihrer bisherigen Haltung, neue Bauaufträge nicht zu vergeben, abgehen wird. Damit werden neue Arbeiterentlassungen in der Maschinenindustrie vielleicht vermieden werden können.

*

Halbamtlich wird aus Athen gemeldet, daß der Leiter des Archivs des Außenministeriums Stauphan wegen des Verdachts, daß er mit kommunistischen Agenten in Verbindung stehe, verhaftet worden ist.

Wandel der Eheanschauungen.

Von Dr. phil. Bernhard Hutten.

(Nachdruck verboten.)

Wir sind so erstaunt, wenn uns die Zeitung, wie neulich irgendwo in X, von einer Frau berichtet, daß sie dem 19. Kinde das Leben geschenkt, oder wenn in Y eine 70jährige zum 6. Male geheiratet hat, oder in Z sich eine Frau nach mit 65 Jahren hat scheiden lassen. Das war einstens gar nicht so auffallend, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß es gang und gäbe war. Unsere Voreltern, die Leute des 16. Jahrhunderts und vorher und nachher, haben, wie in manchem anderen, so auch über die Ehe und was mit ihr zusammenhängt teilweise ganz andere Anschauungen gehabt als wir.

Die „gute alte Zeit" dachte vor allem darin nicht so wie wir, daß die Grundlage der Ehe allein die rein ideale Liebe sein könne. Diese Auffassung haben wir, im Grunde genommen erst seit Schillers Zeiten und durch ihn und seine Poesie bekommen, und dann weiterhin durch die Romantik. Vorher hat man materialer gedacht. Die Ehescließung ist fast immer ein rein geschäftsmäßiger Vorgang gewesen. Es hat natürlich auch richtige Verliebte gegeben. Man hat auch damals hofiert und Ständchen gebracht und sich anedichtet und angeschwärmt — die Satire jener Zeit macht sich darüber reichlich lustig —, aber zum größten Teil waren die Ehen Vernunftsehen, reine Geschäftsehen, ohne daß es dabei mehr unglückliche Ehen gegeben hätte als heute. Wir haben aus jenen Zeiten eine Reihe von Stadtchroniken, die ausgezeichnet über das Leben und die Sitten in diesen ihren Städten berichten und auch bei diesem Thema lang und breit verweilen. Z. B. schreibt der Kölner Chronist Hermann Weinsberg, Ratsherr und Advokat in Köln, dabei Tuch- und Weinhändler, von sich selber, daß man ihm geraten hätte, als er zwanzig Jahre alt war, eine sehr reiche Witwe zu heiraten; diese war 45 Jahre alt, und er hätte sie genommen, wenn sie ihn nicht abgewiesen. Dann hat er, nachdem er noch „etliche gute Heiraten verfehlt", mit dreißig Jahren eine ältere Witwe von 36 Jahren mit zwei Kindern geheiratet, und als diese tot war, wieder eine ältere Witwe. Mit dieser „Anomalie" fällt er absolut nicht aus dem Rahmen seiner Zeit.

Hier handelt es sich um ältere Frauen. Das heißt nun keineswegs, daß junge Mädchen nicht begehrt waren, im Gegenteil, es wurde sehr oft sehr jung gefreit. Die Mutter des großen Nürnberger Malers Albrecht Dürer war 15 Jahre alt, als sie heiratete; die zweite Frau von Ulman Stromer, der gleichfalls Nürnberger war und als Ratsherr bei den Bauten der Stadt ganz Bedeutendes geleistet hat, zählte nur 14 Jahre. Der berühmte Baseler Arzt Felix Platter, — berühmt wie sein Vater, der an der Universität Basel Professor des Hebräischen war, daneben aber sein Brot als Seilergeselle verdiente — berichtet mit Besorgnis von den vielen „Kinderheiraten" in der Schweiz. Diese „Kinderheiraten" betrafen nun nicht etwa bloß die jungen Mädchen, sondern auch die Jünglinge. So sah sich der Nürnberger Rat gezwungen, ein Edikt zu erlassen, nach welchem den Lehrlingen das Heiraten verboten war. Man heiratete auch gern wieder, wenn der Tod einen Ehegatten genommen hatte. Eine Kölner Chronik berichtet von einer Frau, daß sie habde gehat sechs ehelithe Mann zo der hilligen (heiligen) Eh und nahm den sibten. Nicht immer sind das wohl Freudenehen gewesen; denn z. B Burkardt Zink, ein sehr interessanter Augsburgischer Chronist und Gelehrter, weit gereister, allerdings etwas abenteuerlicher Mann, schreibt von seiner vierten Heirat, die er mit 64 Jahren einging, daß er „von dieser mehr unlieb und übles erfuhr, als in all seinen Tagen". Der Staat oder die Stadt zwangen häufig zu Heiraten, z. B. zu Zeiten, wo die Pest, die Cholera, viele Leute hingerafft hatte, und belegte die Junggesellen mit harten Steuern, auch wohl gar mit Strafen, der Junggeselle war überhaupt im Volke mißachtet.

Eine Ehescließung der damaligen Zeit weicht bedeutend von unseren Sitten und Formalitäten ab. Es ging der Vater des jungen Mannes oder ein Freund der Familie auf die Werbung, dann war eine kürzere oder längere Beratung der Familie der umworbenen Braut, darauf die Zusammenkunft beider Familienbevollmächtigten und schließlich die Festlegung des Ehevertrages. In dem Ehevertrag wird genau die Höhe der Mitgift festgesetzt, auch der Wert anderer Sachen, z. B. der Trauringe, der Brautgeschenke, der Kosten des Festmahles usw. Dann kommt als das Wichtigste die Verlobung, d. i. der Handschlag der beiden jungen Leute in Gegenwart der Verwandtschaft, und das Anstecken der Ringe. Nun folgt eine Reihe von Festlichkeiten und hierauf bald die kirchliche Trauung. Daß die kirchliche Trauung in den Vordergrund tritt, ist erst ein Gebrauch des 16. Jahrhunderts. Festgesetzt als solche, war sie schon durch päpstliches Restript vom Jahre 1200, sie drang aber erst sehr langsam durch — vordem führte der Bräutigam seine Braut einfach in das Heim. Mit der Mitte des 16. Jahrhunderts wird sie die Hauptsache. Das junge Ehepaar blieb zunächst noch im Hause der Eltern, die Heimführung konnte auf Tage hinausgeschoben werden. Auf den schon damals gebräuchlichen Vermählungsanzeigen wird übrigens mit Vorliebe hervorgehoben, daß die Ehe auf den Rat und die Vermittlung von dem und dem abgeschlossen worden sei.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten spielten eine bedeutende Rolle. Bei den Wohlhabenderen waren sie sehr ausgedehnt, oft dauerten sie drei Tage und noch länger und kosteten demgemäß sehr viel. Das arteie so aus, daß die Obrigkeit sich genötigt sah, einzugreifen: z. B. setzte der Magistrat von Frankfurt am Main hast, daß die Zahl der Gäste nicht höher als 50 sein dürfte. Zu den Festlichkeiten gehörten bei den Vornehmen viel Musik und Mummereien, in Nürnberg ein Tanz auf dem Rathaus.

Zehn bis zwölf Kinder in der Familie waren absolut nichts Seltenes. Albrecht Dürer hatte noch 17 Geschwister; genau so viel Kinder hatte der erstgenannte Nürnberger Ratsherr Ulman Stromer (er ist übrigens der Erbauer des „Schönen Brunnen"), und ebenfalls 17 besaß auch der erwähnte Augsburgische Chronist Burkardt Zink.

Der viermal verheiratet war. Der Ahnherr seiner Familie hatte sogar von drei Frauen 33 Kinder.

Burkardt Zink erwähnt von sich, daß er außer den 17 Kindern noch zwei von „einem Torenden Fräulein" hatte. — Das bringt uns auf die Stellung, die damals die unehelichen Kinder einnahmen. Es war zwar das Konkubinat verboten, aber man duldete es, und man behandelte vor allem die Kinder, die doch wahrscheinlich keine Schuld traf, menschlich: sie wuchsen häufig mit den ehelichen im selben Hause auf und wurden mit ihnen zusammen erzogen. Erst die Brandenburg-Nürnberger Ordnung vom Jahre 1533 erklärte sie „gemeinlich zu allerlei ehrlichen Ständen untüchtig". Mit diesem Makel sind sie bis in die allerletzte Zeit behaftet gewesen und erst jetzt hat man in mancher Beziehung Remedur geschaffen.

Ehrung des Dichters Hebel.

Zum 100. Todestag Johann Peter Hebels im nächsten Jahre gibt der Julius Umbach-Verlag in Kandern (Baden) alle auffindbaren Melodien zu den alemannischen Gedichten des Dichters heraus. Wir erfahren hierüber folgendes: Entgegen der Meinung, daß es nur wenige Weisen zu diesen Gedichten gibt, hat der Herausgeber der erwähnten Ausgabe 40 Melodien aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts gesammelt. Die meisten stammen aus dem Freundeskreise und aus dem Nachlaß Hebels. Gedichte wie: Freude in Ehren, Morgenstern, Spinnlein, Mann im Mond, Wächterruf, Wegweiser und Herlein sind mehrfach vertont worden. Zu allgemein bekannten Gedichten wie: Marktweiber, Knabe im Erdbeerschlag, Winter, Zinnes, Irrlichter, Schmelzofen und anderen gibt es ein-, zwei- und vierstimmige Sätze. Die alten entsprechenden Melodien verdienen in unserer volksliederarmen Zeit wieder liebevollste Pflege. So haben sich denn auch schon mehrere bekannte Vereine um eine Aufführung aus dieser Sammlung beworben. Die Melodien in ihrer schlichten Einfachheit passen sich dem zarten Duft Hebelscher Poesie auf das vorzüglichste an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260107016/fragment/page=0002